

# Kirchensteuer oder Austritt?

Nach jüngsten Berichten treten Katholiken und Protestanten in Zürich derzeit vermehrt aus den Kirchen aus. Die Steuererklärung flattert ins Haus. Mancher fragt sich, ob er sich zum Austritt entscheiden soll.

von Fritz P. Schaller

**20. Februar 2010.** Die Reaktion der Kirchen auf die Austritte wirkt einigermaßen hilflos. So, wenn ein Kirchenmann sagt, "wir müssen die Austritte ernst nehmen", oder wenn andere ein "allgemeines Desinteresse an der Kirche" vermuten. Konkrete Vorkommnisse, wie die Rehabilitation der Pius-Bruderschaft, mögen eine Rolle spielen. Das Bistum Chur, zu dem Zürich gehört, fördert generell eine sakramental-kommunitaristische Subkultur, was natürlich den Verdacht nährt, mit der Kirchensteuer stärke man den herrschenden Traditionalismus, statt einen weltoffenen, partizipativen Katholizismus.

Ich habe persönlich nicht die Absicht, aus der Kirche auszutreten, ich würde ja ein gutes Stück meiner Lebensgeschichte verleugnen. Das kommt nicht in Frage. Es stört mich aber, dass mich der Staat in kirchlichen Diensten zwangsbesteuert für konfessionelle Strukturen, die der Lebenswirklichkeit nicht gerecht werden. Ich meine, das kann nicht der Sinn der öffentlich-rechtlichen Anerkennung der Kirchen und Religionsgemeinschaften sein! Insofern verstehe ich viele Austrittsgründe.

Das Problem liegt darin, dass ich im Lebensalltag auf Schritt und Tritt mischkirchlichen und mischreligiösen Verhältnissen begegne: Bei Paaren, in Familien, in Lebensläufen, in Schulen. Die konfessionellen Zuordnungen sind weithin fragwürdig.

Warum gibt es keinen mischkirchlichen Konfirmations- und Firmunterricht, obschon die Jungen auf der Schulbank nebeneinander sitzen und miteinander büffeln? Warum nicht gemeinsame Kirchenblätter, sodass ich erfahre, was die Angebote der andern religiösen Gemeinschaften vor Ort sind? Warum nicht eine Fürbitte, bei der auch mein verstorbener reformierter oder jüdischer Nachbar erwähnt wird und nicht bloss die Verstorbenen der Pfarrei? Wo finden sich Kirchgemeinden, die ihre Finanzen und Behörden zusammenlegen, wie es den Lebensverhältnissen entsprechen würde? Religiöse Bildung und Information würden sich für gemeinsames Tun direkt anbieten.

Das Denken in Konfessionsstrukturen behindert ökumenische Fortschritte. Heute hängt Ökumene davon ab, ob die Chemie zwischen Kirchenpflegen und Seelsorgern stimmt. Wenn nicht, läuft nichts. So bleibt die Ökumene zufällig, willkürlich und selbstgefällig. „Wir haben nichts dagegen, wenn auch Reformierte zu uns kommen!“

Ich wünsche mit meiner Kirchensteuer nicht die festgefahrenen kirchlichen Strukturen mitzufinanzieren, sondern deren Überwindung. In der Seelsorge beispielsweise würde ich weltoffene, mischreligiöse Unternehmungen wie die Bahnhofskirche unterstützen, in Sachen Bildung eine Akademie wie das jüdische Lehrhaus in Zürich oder die Paulus-Akademie. Da lobe ich mir das System Fastenopfer, das meine Spende projektorientiert und transparent einsetzt, ohne Berührungängste mit dem reformierten „Brot für alle“ oder mit nicht-kirchlichen Entwicklungsprojekten.

Im Kanton Zürich sollten wir dringend einen Systemwechsel, etwa nach dem Vorbild der Kantons Basel-Stadt, vornehmen, wo die Kirchgemeinden und die jüdische Gemeinde ihre Mitglieder selber besteuern, oder nach dem Vorbild Italiens, wo statt der Kirchensteuer eine Mandatssteuer zu entrichten ist. Zwar wäre vom Systemwechsel nicht unbedingt ein Stopp der Kirchengaustritte zu erwarten. Aber immerhin bekämen die Kirchenmitglieder nicht Probleme mit der staatlichen Steuerbehörde, sondern mit den Kirchenverantwortlichen selbst.

---